

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 25.10.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:10 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Herr Weber

(bis 18.50 Uhr)

SPD

Frau Brandtner
Herr Brücher
Frau Gorsler
Herr Kaufmann
Herr Pieplau

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Kloss
Frau Dr. Ober

Vorsitzende

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Frau Schellong

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic
Herr Buschmann
Herr Imorde
Herr Klein

Integrationsrat

FDP-Ratsgruppe

Beirat für Behindertenfragen (bis 19.50 Uhr)

Psychiatriebeirat

(von 18.25 Uhr - 19.50 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz

Frau Buddemeier
Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gleichstellungsstelle
Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Korbmacher
Herr Dr. Ferner

Herr Siegeroth

AGW
Chemisches Veterinäruntersu-
chungsamt OWL
REGE mbH

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Brandtner beantragt im Namen der Koalitionsfraktionen, den Antrag der CDU-Fraktion unter TOP 4.2, zur Entscheidung an den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zu verweisen.

- Die Protokollierung erfolgt unter TOP 4.2 –

Vorsitzende Frau Dr. Ober schlägt vor, aufgrund des thematischen Zusammenhangs, den Antrag unter TOP 4.3 gemeinsam mit TOP 6 zu behandeln. Die Anwesenden sind einverstanden.

Weitere Änderungen der Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 06.09.2016

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 06.09.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

28.10.2016: Fachtag "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe"

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf den am 28.10.2016 stattfindenden Fachtag und lädt alle herzlich dazu ein.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Sitzungstermine 2017

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandten Sitzungsübersichten.

Auf Nachfrage von Herrn Hood teilt Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass die Sitzungstermine angepasst würden, sobald der Zeitplan für die

Haushaltsplanberatungen 2017 feststehe.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Situation geflüchteter Frauen und Mädchen in Bielefeld (Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe und Piraten vom 10.10.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3845/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die von der Verwaltung vorgelegte Antwort (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Einsatz von "Talent-Scout" bzw. "Talent-Scouting" zur Einschätzung der Fähigkeiten und Qualifikationen der Flüchtlinge (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2987/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den bereits in den vergangenen Sitzungen aufgerufenen, zunächst aber zurückgestellten, Antrag der CDU-Fraktion und die Hinweise der Verwaltung, dass bei der REGE mbH bereits Personen entsprechend eingesetzt würden.

Herr Weber erklärt für die CDU-Fraktion, dass nach seiner Auffassung bisher nicht über Talent-Scouting berichtet worden sei. Sollte bereits ein Talent-Scout tätig sein, schlägt er eine Erweiterung des Antrages vor und fordere eine Konkretisierung des Aufgabenfeldes, Benennung der Person und einen regelmäßigen Bericht ein. Er bittet eindringlich um eine Beschlussfassung über den Antrag in dieser Sitzung.

Herr Hood erinnert an die bereits im SGA geführten Diskussionen und den Bericht von Herrn Siegeroth, demgemäß bei der REGE mbH bereits ein Kompetenzfinder eingesetzt werde, der inhaltlich die gleiche Tätigkeit ausübe, wie der geforderte Talent-Scout. Die Notwendigkeit einer derartigen Tätigkeit ziehe er nicht in Zweifel, habe aber große Bedenken, etwas zu beschließen, das unter einer anderen Begrifflichkeit bereits existiere. Er schlägt vor, die Verwaltung dazu aufzufordern, die Kompetenzfindung fortzusetzen und über die Ergebnisse regelmäßig Bericht zu erstatten. Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf den Bericht zum Projekt

„Bielefeld integriert“, in dem auf die Arbeit des Kompetenzfinders hingewiesen worden sei. Eine entsprechende Person sei bereits im Einsatz. Er stellt einen Bericht von Herrn Siegeroth über die Arbeit des Kompetenzfinders bei der REGE mbH in Aussicht.

Herr Weber äußert seine Verärgerung darüber, dass noch keine Entscheidung über diesen Antrag vorliege. Nach seiner Auffassung sei ein Talent-Scout weitreichender als ein Kompetenzfinder. Der Bericht aus einer gemeinsamen Sitzung von SGA/JHA liege ihm in schriftlicher Form nicht vor. Er bittet, das Thema mit einem Beschluss über den vorliegenden Antrag nunmehr abzuschließen, den Kompetenzfinder bei der REGE mbH zu benennen und einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Vorsitzende Frau Dr. Ober macht Herrn Weber darauf aufmerksam, dass er in seiner Argumentation zeitweise nur noch von einer Berichterstattung gesprochen habe. Sollte eine Änderung des Antragstextes beabsichtigt sein, bitte sie, die Änderung entsprechend vorzutragen.

Frau Gorsler macht deutlich, dass sie dem Ursprungsantrag nicht folgen könne. Werde der Antrag dahingehend geändert, dass die Politik den Einsatz eines Kompetenzfinders unterstütze und die Verwaltung regelmäßig über dessen Arbeit berichte, könne sie dem zustimmen.

Herr Gugat unterstützt die Auffassung von Frau Gorsler.

Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Dr. Ober, nach der Aufrechterhaltung des Antrages, ändert Herr Weber den Ursprungsantrag dahingehend ab, dass eine Berichterstattung der Verwaltung über den eingesetzten Kompetenzfinder beantragt werde.

Vorsitzende Frau Dr. Ober fordert die Anwesenden auf, über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Arbeit des bei der REGE mbH eingesetzten Kompetenzfinders zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für öffentliche Plätze im Innenstadtbereich und in den Stadtbezirken (Antrag der CDU-Fraktion vom 16.09.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3846/2014-2020

Frau Brandtner beantragt im Namen der Koalitionsfraktionen, den Antrag an den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses zu verweisen. Sie begründet den Antrag dahingehend, dass bei der Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes der Sicherheits- und ordnungsbehördli-

che Aspekt im Vordergrund stehe und der Sozial- und Gesundheitsausschuss dafür nicht originär zuständig sei. Es seien auch noch andere Fachausschüsse betroffen.

Herr Weber bemängelt, dass mit diesem Antrag zur Geschäftsordnung eine inhaltliche Diskussion im SGA unterbunden werde. Diese Handhabung sei nicht sachgerecht. Die CDU-Fraktion bewerte die inhaltliche Befassung mit dem Antrag als originäre Aufgabe des SGA und verweist diesbezüglich auf die bereits geführten Diskussionen über die Nutzung der Flächen rund um den Bahnhof. Er fordert dazu auf, über den Antrag seiner Fraktion im SGA abzustimmen.

Vorsitzende Frau Dr. Ober weist darauf hin, dass sich der Haupt-, Wirtschaftsförderung- und Beteiligungsausschuss in seiner Sitzung am 04.02.2016 bereits mit diesem Thema befasst und auch darüber beschlossen habe. Sie fordert die Mitglieder auf, über den Antrag zur Geschäftsordnung abzustimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der Koalitionsfraktionen:

Der Antrag der CDU-Fraktion (Drucks.-Nr. 3846/2014-2020) wird an den Haupt- Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss verwiesen.

- mehrheitlich beschlossen -

Zu Punkt 4.3

Bericht über die ärztliche Versorgung sowie zur Krankenhausversorgung in Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3847/2014-2020

Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Dr. Ober verzichtet Herr Weber auf eine weitere Begründung des Antrages, da er nach seiner Auffassung selbsterklärend sei.

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Senne, die sich mit der hausärztlichen Grundversorgung auseinandergesetzt habe. Zunächst sei festzustellen, dass die Kassenärztliche Vereinigung die hausärztliche Versorgung sicherstellen müsse. Der demographische Wandel werde sich auch in der Ärzteschaft bemerkbar machen, von einem echten Mangel an hausärztlicher Versorgung könne allerdings noch keine Rede sein.

Unabhängig davon habe die Verwaltung bereits Kontakt mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer, der Initiative der Bielefelder Hausärzte und dem ZIG (Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft) aufgenommen. Es sei beabsichtigt, den SGA über die später vorliegenden Gesprächsergebnisse zu informieren.

Sie schlägt vor, zunächst den Austausch auf der Fachebene abzuwarten. Des Weiteren solle in dieser Angelegenheit die Gesamtstadt betrachtet

und nicht der Fokus auf einen einzelnen Stadtteil gelegt werden. Sie empfiehlt insofern, von der Bildung einer Projektgruppe derzeit anzusehen.

Herr Weber teilt die Auffassung eines differenzierten Einstiegs in das Thema. Er fordere allerdings eine Betrachtung der einzelnen Fachbereiche, um festzustellen, ob ein Ärztemangel entstehen werde. Mit diesen Ergebnissen müsse sich die kommunale Gesundheitskonferenz beschäftigen und gegensteuernde Maßnahmen entwickeln.

Herr Hood macht deutlich, dass Bielefeld in der hausärztlichen Versorgung und auch in der Krankenhausversorgung sehr gut aufgestellt sei. Von einer Unterversorgung könne nicht die Rede sein, eine weitere Beratung auf der Grundlage konkreter Daten erscheine sinnvoll. Die Ausführungen von Beigeordnete Frau Ritschel hätten deutlich gemacht, dass die erforderlichen Daten nicht alleine von der Verwaltung geliefert werden können. Er schlägt daher eine Änderung des Antrages dahingehend vor, dass ein Bericht in Zusammenarbeit mit der kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe erarbeitet werden solle.

Eine Beratung über den Beschluss der Bezirksvertretung Senne sollte solange zurückgestellt werden, bis ein entsprechender Bericht vorliege. Erst dann könne man die Notwendigkeit einer Projektgruppe, auch im Hinblick auf Stadtbezirke, einschätzen können.

Frau Gorsler erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie dem Antrag, unter Einbeziehung der vorgeschlagenen Änderung, zustimmen könne. Bereits jetzt sei erkennbar, dass die hausärztliche Versorgung in Städten besser sei als in ländlichen Gebieten. Aufgrund der demographischen Entwicklung erscheine es aber sinnvoll, begleitende Informationen zu erhalten. Wobei man berücksichtigen müsse, dass die hausärztliche Versorgung im Hoheitsbereich der kassenärztlichen Vereinigung liege und die Stadt nur begrenzt Einfluss nehmen könne. Die Bildung eines Arbeitskreises bewerte sie als wenig zielführend.

Herr Weber hat gegen die vorgeschlagene Antragsänderung keine Einwände. Er gibt nochmals zu bedenken, dass die Stadt Bielefeld städtische aber auch ländliche Bereiche aufweise. Dadurch seien die Belange der Stadtbezirke auch entsprechend zu berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung fasst der SGA sodann folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung und die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe werden gebeten, zur ärztlichen Versorgung sowie zur Krankenhausversorgung in Bielefeld zu berichten. In dem Bericht ist besonders auf die fachärztliche sowie hausärztliche Versorgung einzugehen, die nach Stadtbezirken differenziert darzulegen ist. Darüber hinaus wird darum gebeten, in dem Bericht die mittelfristige Entwicklung in einem Zehnjahreszeitraum darzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5**Jahresbericht des Chemischen Veterinäruntersuchungsamtes OWL (CVUA) 2015**

Herr Dr. Ferner berichtet über die in 2015 erzielten Untersuchungsergebnisse (**Anlage 2**).

Darüber hinaus teilt er mit, dass die fünf Untersuchungsämter in Nordrhein-Westfalen (NRW) ab 01.01.2017 eine Schwerpunktbildung vornehmen. Jedes Untersuchungsamt sei dann für bestimmte Warenobergruppen insgesamt zuständig. Mit dieser Strukturveränderung wolle man eine stärkere fachliche Spezialisierung erreichen, um zukunftsfähig zu bleiben und die vorhandenen Ressourcen besser nutzen zu können. Die regionalen Zuständigkeiten blieben allerdings ebenso bestehen, so dass schnelle Reaktionen auf akute Verunreinigungen nach wie vor gewährleistet würden. Er weist in diesem Zusammenhang auf derzeit noch bestehende Probleme in der Datenübertragung hin.

Fragen von Herrn Gugat und Herrn Hood werden von Herrn Dr. Ferner beantwortet.

Zur finanziellen Entwicklung im CVUA führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass eine Erhöhung der Umlage unumgänglich sei. Bei der Gründung des CVUA 2008 sei die bisher bestehende Umlage festgesetzt worden. Trotz jährlicher Kostensteigerungen von 2 – 3%, sei die Umlage seitdem nicht angepasst worden. Die Bildung von Kompetenzzentren sei auch der Versuch, die Kostenentwicklung abzufangen, aber das sei nicht unbegrenzt möglich. Der Wirtschaftsplan des CVUA bleibe abzuwarten, letztendlich werde es auch finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Bielefeld geben. Diese seien im Haushaltsplanentwurf bereits berücksichtigt. Herr Dr. Ferner ergänzt, dass z. B. manche Analysegeräte einen Anschaffungspreis von bis zu 600.000 € hätten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6**Beschluss der BV Senne vom 01.09.2016: Gründung einer Projektgruppe "Hausärztliche Grundversorgung" in Bielefeld**

Die Protokollierung über die Diskussion erfolgt unter TOP 4.3.

Aufgrund der unter TOP 4.3 geführten Diskussion schlägt Vorsitzende Frau Dr. Ober vor, die Gründung einer Projektgruppe zunächst zurückzustellen.

Beschluss:

Die Gründung einer Projektgruppe „Hausärztliche Grundversorgung“ in Bielefeld wird zurückgestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7**Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3808/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober ruft die Beschlussvorlage auf und weist darauf hin, dass es sich um die Beteiligung an einem Landesprogramm handle.

Herr Weber gibt zu bedenken, dass der Beschluss nicht nur auf Rechtsextremismus beschränkt werden sollte, da der Extremismus an sich sehr vielfältige Ausprägungen habe. Er schlägt vor, unabhängig von der Betitelung durch das Land, in dem lokalen Handlungskonzept den Extremismus in Gänze zu betrachten. Dies halte er für eine sachgerechte Einschätzung. Darüber hinaus favorisiere er positive Signale für demokratische Einrichtungen und nicht Konzepte gegen Gesellschaftsströme. Weiterhin merkt er an, dass für ihn diese Beschlussfassung mit der Erarbeitung des unter TOP 4.2 geforderten Sicherheitskonzeptes gleichzusetzen sei und hier ebenfalls eine sachgerechte Entscheidung im SGA geboten sei und nicht ein Verweis an den Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass es sich hier um die Bewerbung für ein konkretes Landesprogramm handle und die Betitelung vorgegeben sei.

Herr Buschmann äußert sich kritisch über die Teilnahme der Stadt Bielefeld an dem Interessenbekundungsverfahren. Der Kampf gegen Extremismus-Aktionen sei zwar sehr sinnvoll, im Hinblick auf die im Landtag geführte Debatte, werde allerdings erkennbar, dass ein hohes Maß an Abgrenzung notwendig sei. Er habe den Eindruck, dass das Land die Problemlösung auf die Kommunen abwälzen wolle. Mit seinen Bedenken wolle der die Verwaltung schützen, damit sie sich mit der Konzepterstellung und -umsetzung nicht überfordere. In Bielefeld existiere bereits eine gut aufgestellte Kultur im Kampf gegen Rechts. Darüber hinaus schließe er sich der Einschätzung von Herrn Weber an, dass es keine Begrenzung auf Rechtsextremismus geben sollte.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass es bei Rechtsextremismus um strafbare Handlungen gehe. Die Bekämpfung dieser Straftaten bewerte er schon als Aufgabe der Stadtgesellschaft und der Verwaltung. Die vorliegenden Daten machten deutlich, dass Rechtsextremismus ein größeres Problem darstelle als Linksextremismus.

Die Teilnahme an dem Landesprogramm sei eine große Chance für das Kommunale Integrationszentrum und für das Sozialdezernat, den derzeitigen Stand zu evaluieren und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Akteuren stärker zu verknüpfen. Vor diesem Hintergrund bittet er um die Unterstützung für die Interessenbekundung an dem Landesprogramm, die ein notwendiger Beitrag für das Zusammenleben in unserer Stadt sei.

Herr Hood teilt die Auffassung, dass die Gesellschaft derzeit ein großes Problem mit Rechtsextremismus und Rassismus habe. In diesem Zu-

sammenhang verweist er auf die jüngsten Diskussionen über Reichsbürger. Grundsätzlich sei er auch für positive Formulierungen, bei diesem Themenfeld aber müsse sich die Gesellschaft klar positionieren und deutlich machen, dass Rechtsextremismus nicht erlaubt sei.

Er bewerte das Programm als gute Möglichkeit, gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln und so eine gesellschaftliche Akzeptanz zu erzielen. Wichtig sei hierbei, dass die gesellschaftlichen Akteure bereits in die Konzepterstellung mit eingebunden würden.

Frau Krutwage merkt an, dass ein Engagement der Verwaltung wichtig sei. In Bielefeld gebe es einige Organisationen, die gegen Rechts sehr aktiv seien. Sie agierten allerdings oft nebeneinander und nicht unbedingt miteinander. Die Verwaltung wolle nun die Gelegenheit wahrnehmen, diese Akteure mit ihren vielfältigen Erfahrungen mitzunehmen. Nur so könne gesamtgesellschaftlich erfolgreich agiert werden. Beabsichtigt sei, mit den Möglichkeiten, die das Landesprogramm biete, mehr in die Quartiere zu gehen und dort die Menschen zu sensibilisieren.

Frau Gorsler bekundet für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren. Das Landesprogramm sollte der Verwaltung als An Schub dazu dienen, Vereine und handelnde Personen zu unterstützen und durch vernetzende Arbeit Projekte mit zu initiieren.

Herr Gugat weist darauf hin, dass das konkrete Programm, mit der konkreten Benennung durch die Regionalkonferenzen der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, in Workshops in den Regierungsbezirken entstanden sei. Er hebt die starke Zivilgesellschaft in Bielefeld hervor und macht an Beispielen deutlich, wie wichtig die finanzielle Unterstützung von präventiven Veranstaltungen sei.

Herr Pieplau unterstützt die Ausführungen von Herrn Hood und Herrn Gugat. Er bittet darum, dass über die ermittelten örtlichen Tendenzen der Rechtsgefährdung berichtet werde, so dass Konsequenzen gezogen werden könnten.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet um ein Votum zur Erweiterung des Beschlusses:

Folgender Zusatz im 2. Satz des Beschlussvorschlages:

„unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure“

Die Anwesenden bekunden ihr Einverständnis.

Der SGA fasst sodann folgenden

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Bielefeld bekundet sein Interesse an dem Förderaufruf „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW. Die Verwaltung wird, unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure, beauftragt, auf dieser

Grundlage lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln und umzusetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Lebenslagenbericht 2014/2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3779/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger stellt den Bericht über Lebenslagen und soziale Leistungen 2014/2015 vor (**Anlage 3**). Der Lebenslagenbericht stelle ein gutes Analyseinstrument dar, mit dem die Lebenssituationen in den Bezirken dargestellt werden könne. Die Ergebnisse seien weiterhin hoch, bis auf wenige Ausnahmen allerdings stabil. Die Stadt wolle zukünftig quartiersorientiertere Angebote entwickeln.

Abschließend weist er darauf hin, dass der Bericht den Bezirksvertretungen ebenfalls zur Kenntnis gegeben werde.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bedankt sich für die Einführung in die Ergebnisse des Berichtes.

Auf Nachfragen von Herr Copertino führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die vorliegenden Erkenntnisse nicht völlig neu seien und es bereits zahlreiche Maßnahmen in den Quartieren gebe. Einige Schlussfolgerungen würden bereits in die Zielplanung des Sozialdezernates einfließen und im ersten Halbjahr des nächsten Jahres im Ausschuss vorgestellt.

Herr Hood schließt sich dem Dank an und bewertet den vorliegenden Bericht als gute Fortschreibung des letzten Lebenslagenberichtes. Er äußert als Wunsch, dass sich der Ausschuss mit den Ergebnissen intensiver auseinandersetze. Dies wäre in der Vergangenheit etwas zu kurz gekommen. Nach seinem Dafürhalten müssten die Bereiche Kinderarmut, die Entwicklungen im Stadtbezirk Sennestadt und die psychischen Erkrankungen genauer betrachtet werden. Bei diesen mehrdimensionalen Themen sei die Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen unerlässlich. Dabei sollten auch Überlegungen zu gemeinsamen Diskussionen mit anderen Ausschüssen und anderen Berichten, z. B. dem Lernreport, einbezogen werden. Zunächst sei allerdings eine fraktionsinterne Befassung mit dem Bericht notwendig.

Nach Auffassung von Frau Adilovic seien in allen Bereichen, egal ob Kinderarmut, Alleinerziehende oder Altersarmut, Migrantenfamilien betroffen. In der Entwicklung von Maßnahmen müsse man sich mehr bzw. anders mit migrantenspezifischen Hintergründen befassen. Die Ausschüsse sollten mehr miteinander kommunizieren, evtl. in gemeinsamen Sitzungen. Insbesondere der Integrationsrat sollte hinzugezogen werden.

Herrn Korbmacher bewertet den Lebenslagenbericht als eine gute Entwicklungsdarstellung. Bei Debatten über Maßnahmen und Zielvereinbarungen halte er einen gesamtstädtischen Ansatz, der dann in allen be-

troffenen Ausschüssen diskutiert würde, für sinnvoll. Die Menschen seien unterschiedlich betroffen und unterschiedlich in der Lage an ihrer Situation selbst etwas zu ändern. Er empfehle, ein gesamtstädtisches Handlungskonzept, auf der Grundlage des Lebenslagenberichtes, zu erarbeiten.

Frau Gorsler macht deutlich, dass das Ergebnis des Lebenslagenberichtes als Auftrag gewertet werden sollte, um der Verhärtung von Lebenslagen im Rahmen von präventiven Maßnahmen entgegenzuwirken. Ziel müsse es sein, dass Menschen bedrohliche, teilweise existenziell schwierige Lebensphasen überwinden und letztendlich auch der Bezug von SGB-II Leistungen eingestellt werden könne. Ausschussübergreifende Beratungen halte sie für sehr sinnvoll.

Herr Gugat fordert dazu auf, sich mit den Zielsetzungen auseinander zu setzen. Fraglich sei für ihn, ob die festgesetzten Maßnahmen tatsächlich zur Zielerreichung oder nur zu Statistikveränderungen führten.

Aus Sicht des Psychiatriebeirates macht Herr Klein deutlich, dass der Anstieg im ambulanten Bereich positiv zu werten sei, weil hier das Ziel „ambulant vor stationär“ greife. Ein Großteil der SGB II- und SGB XII-Bezieherinnen und Bezieher würden unterstützt, aber nicht zu einer Beschäftigung aktiviert. Dies sei gleichermaßen für psychisch kranke Menschen enorm wichtig. Bei einem derart inaktiven Leben, werde eine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt unmöglich.

Nach der Diskussion über die vorgestellten Ergebnisse unterbreitet Beigeordneter Herr Nürnberger den Vorschlag, die Ideen im Rahmen eines Workshops weiter zu diskutieren und evtl. themenorientierte Arbeitsgruppen zu bilden.

Herr Hood schlägt vor, die Beratungsergebnisse aus den anderen Gremien abzuwarten. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse solle die Verwaltung Vorschläge für ein weiteres sinnvolles Vorgehen unterbreiten.

Auf Nachfrage von Vorsitzende Frau Dr. Ober bestehen von Seiten der Anwesenden keine Einwände gegen den Vorschlag von Herrn Hood.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9**Situation der Flüchtlinge in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Entwicklung der mittlerweile geringen Zuweisungszahlen.

Aufgrund der rückläufigen Zahlen ergeben sich starke Veränderungen in den benötigten Unterbringungskapazitäten. Derzeit würden weitere Nutzungsoptionen der Unterkünfte geprüft. Er stellt weitere Informationen zur nächsten Sitzung in Aussicht.

Mitte nächsten Jahres werde über Ergebnisse der Stadtteilkordinatoren und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 10**Sprachangebote für Asylsuchende in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3825/2014-2020

Herr Siegeroth berichtet über die Entwicklung der Kommunalen Sprachförderung für Flüchtlinge (**Anlage 4, Seite 1**). Er informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage und begründet den Beschlussvorschlag.

Es gibt keine Nachfragen.

Beschluss:

- Die REGE mbH wird weiterhin beauftragt, die Sprachkurs- und Sprachtreffangebote für Flüchtlinge entsprechend der Beschlusslage zu koordinieren und an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.
- Da in 2016 und 2017 von geringeren Flüchtlingszuweisungen zur Stadt Bielefeld auszugehen ist, werden im Laufe des Jahres 2017 voraussichtlich nur insgesamt 10 Einstiegssprachkurse erforderlich sein. Gleichzeitig sollen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln 11 Sonderkurse (z. B. Begleitkurse für FIM und AGH, Alphabetisierungskurse, Frauenkurse, Aufbaukurse, Berufsorientierungskurse, arbeitsplatzbezogene Kurse, etc.) durchgeführt werden, soweit für die jeweiligen Kurse keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gegeben sind.
- Aufgrund der Veränderungen in der Vergütungsstruktur der Lehrkräfte beträgt künftig der Förderbetrag im Rahmen einer Staffelung zwischen 3.500,00 € und 4.500,00 €. Die Förderhöhe orientiert sich an der Höhe der Honorar- und Mietkosten, die für den jeweiligen Sprachkurs anfallen.
- Die ursprünglich geplanten 5 Sprachtreffs wurden auf 8 erweitert und werden bis zum 31.12.2017 gefördert.

- **Durch diese Anpassungen entstehen keine zusätzlichen Kosten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Arbeit und Beschäftigung für Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3826/2014-2020

Herr Siegeroth informiert über den Inhalt der Beschlussvorlage und macht die wesentlichen Veränderungen deutlich **(Anlage 4, ab Seite 2)**. Derzeit liegen 100 Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) der Agentur für Arbeit zur Genehmigung vor.

Fragen von Vorsitzende Frau Dr. Ober und Herrn Hood werden beantwortet. Herr Hood schlägt vor, sich über die erfolgreiche Arbeit der Integrationslotsen berichten zu lassen bzw. sich vor Ort zu informieren.

Herr Korbmacher weist explizit darauf hin, dass die Bundesförderung nur bei Flüchtlingen mit Bleibeperspektive greife. Durch diese Begrenzung werde es langfristig eine große Zahl von Menschen geben, die keine Tagesstruktur hätten, weil ihnen die Voraussetzungen für die Teilnahme an den Fördermaßnahmen fehlten. Herr Hood stellt klar, dass die Kommune nicht die Fehler des Bundes abfedern könne.

Beschluss:

- **Die REGE mbH wird beauftragt, die Beschäftigung von Integrationslotsen fortzusetzen und die AGH-Plätze bis zum Ende der individuellen Laufzeit fortzuführen. Geeignete bisherige AGH-Plätze werden in einer anderen Trägerschaft in das neue Bundesprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)“ übergeleitet. Die REGE mbH koordiniert die Umsetzung der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen in Bielefeld.**
- **Es werden bis zu 30 AGH-Plätze für ca. 50 Flüchtlinge eingerichtet, die nicht zum Personenkreis der „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ gehören. Die Auswahl dieser Personen erfolgt in Absprache mit der Ausländerbehörde und dem Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -.**
- **Durch die Anpassung entstehen insgesamt für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 keine zusätzlichen Kosten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Beschluss der BV Brackwede vom 06.09.2016: Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3593/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den von der Bezirksvertretung Brackwede beschlossenen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass nach seinen Informationen das Ordnungsamt bereits seit Anfang 2016 der Recyclingbörse eingezogene Fahrräder zur Verfügung stelle.

Beigeordnete Frau Ritschel sagt zu, dass die Prüfergebnisse des Ordnungsamtes im SGA mitgeteilt würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 Haushaltsplanberatungen 2017, 1. Lesung

In Absprache mit der Verwaltung bittet Vorsitzende Frau Dr. Ober die Mitglieder, Fragen zum Haushalt bis spätestens 04.11.2016 bei der Verwaltung einzureichen, damit die Fragen bis zur Abschlussberatung schriftlich beantwortet werden können. Unabhängig davon seien Fragen selbstverständlich auch in der jetzigen Sitzung möglich.

Herr Hood macht darauf aufmerksam, dass jedes Jahr im Rahmen der Beschlüsse auch Ziele und Kennzahlen mitbeschlossen würden. Da die Ziele und Kennzahlen die einzigen Steuerungsinstrumente der Politik seien, bitte er die Verwaltung, die tatsächlichen Veränderungen bei den Zielen und Kennzahlen oder den Bewirtschaftungsregelungen der jeweiligen Haushaltspläne darzustellen.

Zu Punkt 13.1 Haushaltsplan 2017 für den Stab des Dezernates 5 -095-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3736/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Darüber hinaus merkt er an, dass in der Druckversion der Beschlussvorlage eine Seite fehle. Diese werde unverzüglich nachgereicht.

1. Lesung -

**Zu Punkt 13.2 Haushaltsplan 2017 für das Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3812/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte ergänzende Veränderungsliste (**Anlage 5**).

Um die Dimension einzelner Produktgruppen, im Vergleich mit anderen Städten in NRW (z. B. Bochum Bonn, Münster), beurteilen zu können, bittet Herr Copertino um Vergleichszahlen. Frau Schulz führt aus, dass das Sozialamt mit anderen kreisfreien Städten in einem Benchmark-Kreis sei. Als Vergleichsgrößen würden hier einzelne Positionen innerhalb des SGB XII, z. B. die ambulanten Hilfen der Pflege oder der Eingliederungshilfe, betrachtet. Der Benchmarkbericht mache deutlich, wo die Stadt Bielefeld in Teilprodukten des SGB XII stehe. Dieser Bericht könne selbstverständlich bis zum 15.11.2016 zur Verfügung gestellt werden.

Vor dem Hintergrund, dass mit dem jetzigen Haushaltsbeschluss auch die mittelfristige Finanzplanung 2018 – 2020 mitbeschlossen werde, fordert Herr Hood die Verwaltung auf, die Entwicklung der Fallzahlen in den einzelnen Produktgruppen und die zugrunde liegenden Annahmen für die vorgenommenen Planungen darzustellen.

1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 13.3 Haushaltsplan 2017 für das Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3720/2014-2020

Herr Hood bittet um Erläuterungen dazu, warum die Finanzmittel für das Kamp als Aufwendungen und nicht als Investitionen im Haushaltsplan des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention verbucht würden.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 13.4 Haushalts- und Stellenplan 2017 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3800/2014-2020

Herr Hood bittet um Erläuterungen zur Umwandlung einer ½ überplanmäßigen Stelle in eine unbefristete Stelle. Der Hinweis auf eine Entscheidung des Verwaltungsvorstandes reiche ihm als Erklärung nicht aus. Weiterhin fordere er die Darstellung der Kostendeckung für die Aufstockung der Sachbearbeiterstellen in der Allg. Verwaltung und im Tier-schutz.

1. Lesung -

**Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 14.1 Wildtiere im Zirkus
(Beschluss des SGA vom 14.06.2016) -Sachstand-**

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die Prüfung der Bezirksregierung Detmold, ob der SGA-Beschluss vom 14.06.2016 rechtlich zulässig sei.

Als Antwort der Bezirksregierung Detmold sei am 08.09.2016 eine Mail mit folgendem Inhalt eingegangen:

„...ich nehme Bezug auf Ihren Bericht per Mail vom 21. Juni 2016 sowie unsere telefonische Unterredung vom 27.06.2016, in der wir Sie darüber unterrichtet hatten, dass wir im Hinblick auf eine landesweite Abstimmung das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW zu der v. g. Thematik beteiligen werden.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales bestätigt nunmehr unsere gemeinsame Einschätzung, dass die Rechtsprechung bisher ein uneinheitliches Bild zeigt. Entsprechende Entscheidungen nordrhein-westfälischer Gerichte liegen bisher nicht vor; eine gefestigte obergerichtliche Rechtsprechung existiert noch nicht.

Insofern könnten auf der Grundlage der geltenden Regelungen des Tierschutzgesetzes und mit Blick auf das Grundrecht der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG rechtliche Bedenken gegen eine Einschränkung des Auftritts von Zirkusunternehmen, die bestimmte Wildtiere mit sich führen, bestehen, selbst wenn die Kommune grundsätzlich Art und Umfang der Nutzung der öffentlicher Flächen eigenverantwortlich regeln kann.“

Die Bezirksregierung habe nur auf die unsichere Rechtslage hingewie-

sen. Maßgaben zum weiteren Umgang seien nicht ergangen. Nach Gesprächen mit dem Rechtsamt und im Verwaltungsvorstand schlage sie vor, zukünftig entsprechend des SGA-Beschlusses zu verfahren. Zukünftige Anfragen von Zirkussen mit Wildtieren würden demgemäß abgelehnt werden.

Aus Beiträgen von Vorsitzender Frau Dr. Ober und Herrn Copertino wird deutlich, dass das Prozessrisiko und insbesondere mögliche finanzielle Auswirkungen als gering eingeschätzt werden.
Der Ausschuss schließt sich den Auffassungen an.

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)